

## **Instandsetzung der Hafenschuppen kostet 1,5 Millionen**

### **Die städtische Gesellschaft KWL bestätigt die Schadensaufstellung der Bürgerinitiative weitgehend.**

05.09.2014 20:10 Uhr

Lübeck. Die Hafenschuppen auf der Nördlichen Wallhalbinsel sind marode. Eine Bürgerinitiative und einige Politiker befürchten, dass die Anlagen in Teilen zusammenbrechen, bevor ein alternatives Nutzungskonzept zum Zuge kommen kann. Die Grünen wollten von der Verwaltung wissen, wie viel eine Instandsetzung kostet. Die Berechnung des zuständigen Koordinierungsbüros Wirtschaft in Lübeck (KWL) liegt jetzt vor: 1,54 Millionen Euro würde die Beseitigung offensichtlicher Schäden verschlingen.

Die KWL beruft sich auf ein Gutachten eines externen Büros und eigene Objektbegehungen. Bei diesen Untersuchungen wurde die Schadensliste, die die Bürgerinitiative zur Rettung der Hafenschuppen erstellt hat, weitgehend bestätigt. Am teuersten würde die Instandsetzung am Schuppen A (509 732 Euro), an dem das Dach geflickt, die Holzfassade ausgebessert und Glasscheiben ersetzt werden müssen. Etliche tragende Bauteile müssten ersetzt und das Außenmauerwerk saniert werden. An Schuppen B (347 274 Euro) müssten die Dachschalung erneuert, die Holzfassade ausgebessert, tragende Bauteile ersetzt und Rampen saniert werden. Den geringsten Aufwand erfordert Schuppen F (92 428 Euro). Aus den laufenden Mieteinnahmen kann die KWL das nach eigener Aussage nicht bezahlen. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete der Vermieter eine Unterdeckung von rund 10 000 Euro, in diesem Jahr rechnet die städtische Gesellschaft nach Erhöhung der Mieten und Pachten mit einem Überschuss von 30 000 Euro. Für Instandsetzungskosten müsste die KWL Kredite aufnehmen.

Die Hansestadt sieht sich nicht in der Pflicht, die Instandsetzung zu finanzieren. Ein Antrag der CDU, substanzgefährdende Schäden durch die Anhebung der Mieten und Pachten zu finanzieren, sei von der Bürgerschaft im Juni mehrheitlich abgelehnt worden, erklärt Liegenschaftssenator Sven Schindler (SPD). Eine Instandsetzung müsste die Bürgerschaft ausdrücklich beschließen.

Die Bürgerinitiative will bis Ende nächsten Jahres ein Konzept für die Nördliche Wallhalbinsel vorlegen. Die Bürgerschaft hatte eine von Stadt und KWL gewünschte Bebauung mit dem Projekt Kailine mehrheitlich gestoppt.

dor